

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde!

(1) Der Krieg in der Ukraine ist noch nicht beendet. Er geht weiter. Wir wissen nicht, wie lange noch. In diesem Krieg – wie in jedem Krieg – ist die Zivilbevölkerung die Haupt-Leidtragende.

EU, Nato und auch die Bundesregierung haben sich entschieden, Kriegswaffen an die Ukraine zu liefern. Damit laufen sie Gefahr, einen mörderischen Krieg zu verlängern. Es besteht die Gefahr, dass noch mehr Menschen sterben oder körperliche und seelische Verletzungen erleiden.

Deshalb ist das vorrangigste Ziel, einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen.

(2) Wirtschaftliche Sanktionen sind im Moment neben militärischer Unterstützung „das“ Thema der europäischen Politik. Die Erfahrung zeigt, dass die verhängten Sanktionen oftmals die ärmeren Bevölkerungsteile treffen und diese unter ihnen leiden. Die wohlhabenden Eliten und Verantwortlichen können ihnen ausweichen und haben mehr Reserven, um die Sanktionen abzapfen zu können.

US-Präsident Biden und Kommissionspräsidentin von der Leyen sprachen erneut von „weiteren Strafmaßnahmen gegen Russland“. Sanktionen sind aber kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um ein Ziel zu erreichen. Das Ziel ist ein schnellstmöglicher Waffenstillstand.

Wir fordern, dass gerade die EU mit ihrer ökonomischen Überlegenheit, zu genau benannten, massiven, zielgerichteten Sanktionen gegen die russischen Verantwortlichen in Politik, Militär und Wirtschaft greift. Auch wenn diese Sanktionen negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft haben. Diese Sanktionen müssen an die Bedingung und Zusage gebunden werden, dass sie sofort aufgehoben werden, wenn es zu einem Waffenstillstand kommt.

Diese verbindliche Kopplung „Waffenstillstand gegen sofortige Aufhebung dieser Sanktionen“ könnte ein entscheidender Schritt zu einer möglichst schnellen Verbesserung der Lage der Menschen in der Ukraine sein.

Diese Möglichkeit darf aus humanitären Gründen nicht ungenutzt bleiben.

(3) So lange noch kein Waffenstillstand erreicht ist, ist die Flucht der einzige Ausweg für die Menschen, dem Krieg zu entkommen.

Die EU und ihre Länder haben sich zu einer schnellen, umfassenden Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen entschieden. Gott sei Dank fand in diesem Fall bei der Verteilung der Menschen das peinliche Geschacher und die unsägliche Blockade durch einzelne EU-Länder nicht wieder statt. Mittlerweile sind über 1 Million ukrainische Flüchtlinge in der EU angekommen und in Sicherheit.

Wir sehen jeden Tag in den Medien Bilder von Menschen, die die Grenzen zu den Nachbarländern der Ukraine erreicht haben. Ihr Gefühle schwanken zwischen Erleichterung, Verzweiflung und Angst. Erleichterung, da sie es geschafft haben, aus dem Kriegsgebiet herauszukommen; Verzweiflung und Angst, weil Angehörige, Freunde und Bekannte noch zurückgeblieben sind.

Die Zurückgebliebenen sind u.a. Väter, Ehemänner, Brüder und Söhne. Männer die zwischen 18 und 60 Jahre alt sind, dürfen die Ukraine nicht verlassen. Das ist nicht akzeptabel. Jeder Mensch, der das Kriegsgebiet verlassen will, muss es verlassen dürfen und können. Wir fordern die Ukraine auf, das Ausreiseverbot für Männer sofort aufzuheben.

Nicht Jeder hat die Möglichkeiten und Ressourcen, selbstständig zu den Grenzübergängen zu kommen. Es gibt auch in der Ukraine viele Menschen, die schon in Friedenszeiten sozial benachteiligt sind und um ihr alltägliches Auskommen kämpfen müssen. Arme, alte, beeinträchtigte Menschen oder Menschen, die von Ausgrenzung betroffen sind. Hier müssen entmilitarisierte Schutzgebiete und Fluchtkorridore in der Ukraine eingerichtet werden. Hilfsorganisationen müssen mit dem Geld und logistischen Möglichkeiten ausgestattet

werden, um auch diese Menschen in Sicherheit zu bringen. Bisher gemachte Vereinbarungen gehen in die richtige Richtung, sind jedoch nicht ausreichend.

Wer Hunderte Millionen Euro für Aufrüstung zur Verfügung stellt und zügig Kriegswaffen in das Kampfgebiet liefert, der kann auch Möglichkeiten und Logistik bereitstellen, um Menschen aus dem Land zu evakuieren.

Es besteht die Gefahr, dass einzelne Personengruppen vergessen, nicht gesehen oder übergangen werden.

In der Ukraine gibt es Arbeitskräfte aus umliegenden Ländern, denen jetzt durch den Krieg der Rückweg in ihre Heimat versperrt ist. Darüber hinaus haben in den vergangenen Jahren viele Menschen Schutz vor Krieg und Verfolgung gefunden. So z.B. aus Afrika, Afghanistan, Syrien und Tschetschenien. Es gibt etliche Tausend Transitflüchtlinge, die noch weiter Richtung EU unterwegs sind. UN-Generalsekretär Guterres hat schon auf rassistische Zurückweisungen an den EU-Außengrenzen aufmerksam gemacht.

Alle diese Menschen bedürfen des Schutzes. Sie müssen in der EU aufgenommen werden, auch ohne Gefahr zu laufen, von hier aus in ihre Herkunftsländer abgeschoben zu werden.

Wir sind verpflichtet allen Menschen, die vor dem Krieg fliehen – egal aus welchen Beweggründen - zu helfen und Schutz zu bieten.

Die Soldatenmütter aus dem russischen St. Petersburg schreiben:

„ ... Wir appellieren auch an das Militärpersonal, an die Offiziere! Sie können Ihre Entlassung aus dem Militärdienst einreichen, um sich nicht an dieser Tragödie zu beteiligen, ..... In allen militärischen Konflikten, die in der dreißigjährigen Geschichte des russischen Staates zahlreich waren, gab es Fälle von Dienstverweigerung. Es wird noch mehr geben! ... „

Wir fordern, dass Kriegsdienstverweigerer und Deserteuren aus Belarus und Russland in der Europäischen Union Schutz und Asyl gewährt wird. Das gilt uneingeschränkt auch für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus der Ukraine.

Connection, eine weltweit engagierte Organisation zum Schutz von Kriegsdienstverweigerer berichtet:

„In den letzten Jahren kamen mehrere Hundert Verweigerer aus allen Teilen der Ukraine nach Deutschland, um hier Schutz vor einem Kriegseinsatz zu finden. Die meisten wurden in den Asylverfahren abgelehnt und so einem erneuten Kriegseinsatz ausgeliefert. Das ist ein Skandal, der sich nicht wiederholen darf.“

(4) Allen diesen Menschen ist durch die EU und ihre Mitgliedsländer Schutz zu gewähren!! Niemand darf vergessen oder ausgeschlossen werden!!!!

Der Schutz für Flüchtlinge ist kein Exklusiv-Recht, in Abhängigkeit von der Staatsangehörigkeit und der nur für die Zeit des Ukraine-Krieges gelten soll. Alle Flüchtlinge haben ein Anrecht auf Schutz!!!!

Ich danke für das Zuhören

Rede Th. Müller, OFRI, 5.3.2022